

## Den Blick nach ganz Rechts schärfen!

Liebe Genossinnen und Genossen, inzwischen ist der Bundeshaushalt für 2012 verabschiedet. Weitere politische Ereignisse sind hinzugekommen. Damit gibt es vor Ende des Jahres diesen Infobrief und nach der letzten Sitzungswoche noch einen weiteren Ausgabe.

Aktuell beherrschen vor allem zwei Themen die Medien. Zum einen die Krise in Europa. Dazu gab es ausführliche Informationen. Weitere werden folgen. Das zweite ist die unfassbare Mordserie der im Untergrund wirkenden Neonazis.

Dass solch etwas in Deutschland möglich ist und dass unsere Sicherheitsbehörden über zehn Jahre keine Hinweise auf die Täter hatten, ist kaum zu glauben und erfüllt mich mit Scham gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen und mit Wut gegenüber den Verantwortlichen, die die rechtsextreme Szene eigentlich im Auge behalten sollten. Hier gilt es jetzt schnell, aber mit der gebotenen Sorgfalt aufzuklären. Mehr dazu auf Seite 2.

Daneben gerät fast in Vergessenheit, dass die Bundesregierung weiterhin ein erschreckendes Erscheinungsbild abgibt. Ob durch einen rein auf Koalitionsfrieden ausgelegten Haushalt (Siehe Seite 3), eine desaströse Minderheitenpolitik (Siehe Seite 7) oder durch den Streit darüber, ob ein „Placebo-Mindestlohn“ (CDU) oder gar kein Mindestlohn (FDP) eingeführt werden soll (Siehe Seite 9). Bei jedem Thema gibt es innerhalb der drei Regierungsfractionen mindestens fünf Meinungen.

Aber auch bei uns im Land erleben wir die letzten Zuckungen einer abgewirtschafteten Regierung. Die gute Zusammenarbeit zu Dänemark wird in dem Wissen beschädigt, dass dieses Thema zu wichtig ist, als das die Bundesregierung nicht in letzter Sekunde einspringen würde. Und anhand der Bundeswehrreform wird deutlich, dass Schleswig-Holstein keinerlei Einfluss mehr auf

der Bundesebene hat. Allen war klar, dass die Auswirkungen auf unser Bundesland auf Grund des hohen Anteils an Dienstposten (im Verhältnis zu Bevölkerung) schmerzhaft sein würden, aber dieses Ausmaß haben wir nicht erwartet (Mehr auf Seite 17).



*Franz Thönnies auf dem Kreisparteitag der SPD Segeberg*

Zum Glück ist es ja nicht mehr lang hin bis zum 6. Mai 2012 und unsere Partei macht einen guten Eindruck. Auf der personellen Seite haben wir klare Entscheidungen für ein gutes Team in Kiel getroffen. Jetzt folgt die inhaltliche Aufstellung. Das Wahlprogramm wird aktuell debattiert und auch wir hatten in Stormarn und Segeberg zwei spannende, thematische Parteitage. Dann wird die zielgerichtete, organisatorische Vorbereitung zum Wahlkampf vor Ort und auf Landesebene folgen. Dabei wird für uns ganz wichtig sein, die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit mit Hamburg darzustellen.

Diesen Prozess gilt es jetzt einmütig zu organisieren, bevor wir bald in die verdiente Weihnachtszeit gehen.

Herzlichst Euer



*Franz Thönnies MdB*

### IN DIESER AUSGABE

#### Berlin

- 2 Grausame Neonazi-Mordserie
- 3 Bundeshaushalt 2012
- 5 Steuersenkungen auf Pump
- 7 Flickschusterei in der Minderheitenpolitik
- 8 Finanzmarktregulierung
- 8 Betreuungsgeld-Beschluss
- 9 Pflegereform abgesagt
- 9 CDU Placebo-Mindestlohn
- 11 Glück muss man haben - Besucher bei Thönnies in Berlin
- 11 Norderstedter Schüler in Berlin

#### Thönnies unterwegs

- 12 Nykøbing - Kiel - Norderstedt - Bad Oldesloe - Bad Segeberg - etc.

#### Wahlkreis

- 15 Fraktion-vor-Ort: Sozialdemokratische Finanzmarktpolitik
- 16 Bundesweiter Vorlesetag
- 16 Drei Mehrgenerationenhäuser im Aktionsprogramm II
- 17 Bundeswehrreform
- 18 Lösung für das Verkehrschaos an der Heinrich-Rantzau-Grundschule
- 18 Personelles

#### Impressum

- 18 Kontakt / Impressum

## Debatte zur grausamen Mordserie der Nazi-Bande Frank-Walter Steinmeier fordert den "Anstand der Zuständigen"

Eine solche Einigkeit herrscht selten im Parlament. Anlässlich der grausamen Mordserie der Neonazi-Bande kam das Plenum am 22. November 2011 zu einer Debatte zusammen. Gemeinsam verabschiedeten alle Fraktionen im Deutschen Bundestag einstimmig einen interfraktionellen Entschließungsantrag (Drs. 17/7771), der die rechtsextremistischen Terrorakte aufs Entschiedenste verurteilt. Darin heißt es: „Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt.“



Bildquelle: [www.gesichtzeigen.de](http://www.gesichtzeigen.de)

Deutlich wurde, dass sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsseite eine konsequente und zügige Aufklärung der Morde und der möglichen Verstrickungen einzelner Sicherheitsbehörden in das rechtsextremistische Milieu erwartet wird. In klarer Offenheit steht in dem Antrag, dass die „nun bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen auf traurige Weise belegen, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.“ Die Bundestagsfraktionen erklären schließlich darin: „Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.“

Zu Beginn der Debatte entschuldigte sich Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) im Namen des Hauses bei den Angehörigen der Opfer und erklärte, dass der Schutz von Leib und Leben in diesem Land für jeden Geltung hat, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Orientierung. Der Deutsche Bundestag wisse um seine Verantwortung und sei bestrebt, alle Hintergründe aufzuklären. Die Fraktionen im Parlament trauern um die Opfer und fühlen mit den Angehörigen, die geliebte Menschen verloren haben.

Und der SPD-Fraktionsvorsitzende, Dr. Frank-Walter Steinmeier, machte deutlich, dass für die notwendige Aufklärung und die daraus resultierenden Konsequenzen mehr notwendig sei als der altbekannte Aufstand der Anständigen. „Nein, wir brauchen auch den Anstand der Zuständigen!“, forderte Steinmeier. Es sei jedoch anscheinend die Grundphilosophie einiger Sicherheitsbehörden gewesen, dass es in Deutschland keine organisierte rechte Gewalt gebe. Doch bei annähernd 140 Todesopfern rechtsextremistischer Gewalt könne von Einzeltätern oder Waffennarren keine Rede sein. Horden von V-Leuten hätten keine Hinweise auf die Anschläge gegeben, wofür brauche man sie dann noch, fragte er.

Die Redner der SPD-Bundestagsfraktion sprachen sich für ein Verbot der NPD aus und kritisierten, dass Familienministerin Kristina Schröder (CDU) es genau denjenigen Vereinigungen schwer macht, die gegen Rechtsextremismus kämpfen. Sie werden durch die Extremismusklausel erst mal gebremst und gegängelt. Denn dabei geht es darum, dass die Initiativen seit Anfang des Jahres eine Demokratie-Erklärung unterzeichnen müssen, mit der sie nicht nur sich selbst darauf verpflichten, für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen, sondern auch jeden ihrer Geschäftspartner und Mitarbeiter. Damit stellt sie die Linksorientierten unter Generalverdacht.

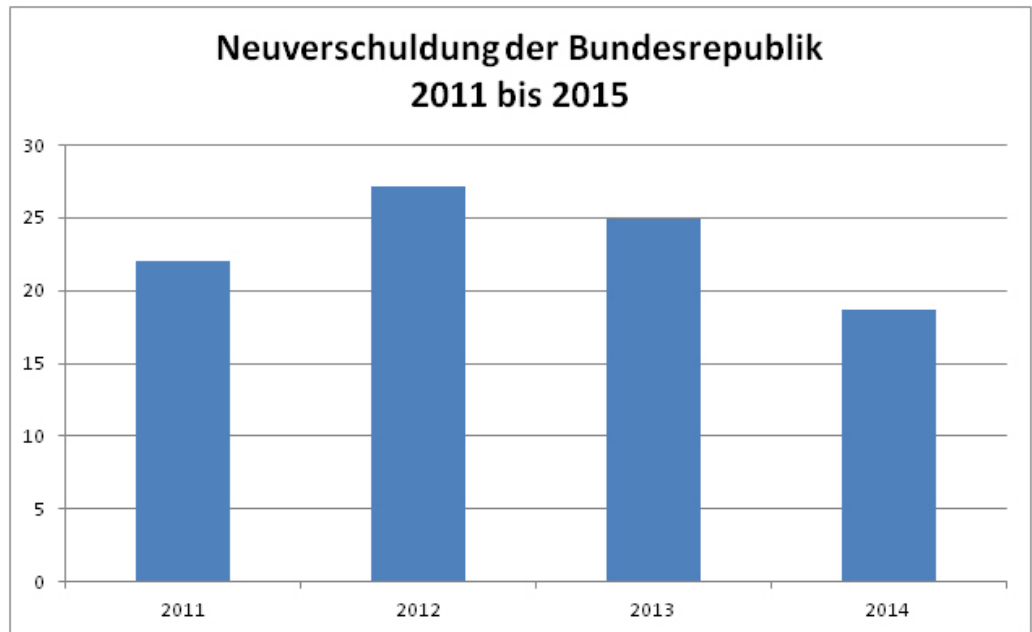
„Es ist schwer zu glauben und kaum erträglich, dass es möglich gewesen sein soll, dass diese Bande mehr als zehn Jahre unbehelligt morden konnte. Umso wichtiger ist jetzt, dass alles bis ins Letzte aufgedeckt wird, um alle Beteiligten vor Gericht stellen und mögliche Schwachstellen im System beseitigen zu können. So etwas darf nie wieder passieren“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes zu den Vorgängen.

## Bundeshaushalt 2012

### Bundesregierung macht mehr Schulden trotz kritischem, gesamtwirtschaftlichem Umfeld

Das Jahr 2012 wird erneut eine Konjunkturwende bringen. Nach zwei Jahren kräftigen Wachstums soll die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr nur noch um 1 Prozent steigen. Die sich verschärfende Krise im Euroraum könnte diese negative Entwicklung noch stark beschleunigen und zu einer Rezession führen.

Schwarz-Gelb versäumt es, mit dem Bundeshaushalt 2012 die notwendige Vorsorge zu treffen. Konsolidieren und Investieren heißt die Aufgabe. Doch statt neue Schulden im möglichen Maß zurückzuführen, steigt die Neuverschuldung gegenüber dem Wert für das laufende Jahr sogar noch einmal um mehr als 4 Milliarden Euro an. Zukunftsgerichtete Wachstumskräfte werden dennoch nicht verstärkt! Einmal mehr stellt Bundeskanzlerin Merkel die innere Befriedung ihrer Koalition über die Zukunftsinteressen Deutschlands.



**Grafik: Eigene Darstellung**  
**Daten: Finanzplan des Bundes 2011 bis 2015**

#### Das gesamtwirtschaftliche Umfeld des Haushalts 2012

Sämtliche Konjunkturforscher sind sich einig: Nach zwei Jahren kräftigen Wachstums, in denen Deutschland die Folgen des von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten, enormen Konjunkturreinbruchs 2008/2009 schneller als ursprünglich gedacht wieder wett machen konnte, steht für das kommende Jahr erneut eine Konjunkturwende an.

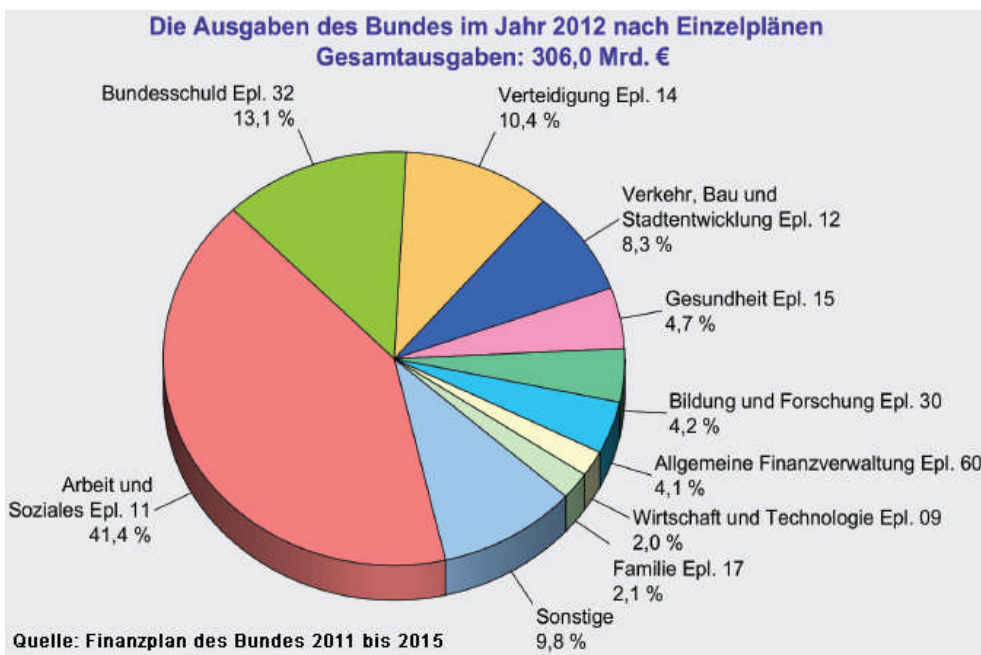
Selbst das bescheidene Wachstumsziel von ca. 1 Prozent für 2012 ist nur dann erreichbar, wenn es zu keiner neuen Eskalation der Krise in der Eurozone kommt. Dabei stehen die Zeichen hier aktuell auf Sturm, nachdem die Krise jetzt auch auf Italien übergelassen ist, das alleine bis Ende 2013 auslaufende Staatsanleihen in einem Gesamtvolumen von über 400 Mrd. € refinanzieren muss. Dazu kommen noch die Refinanzierungsprobleme im Bankensektor, der sowohl die Verschlechterung der Bonität der staatlichen Schuldner sowie zusätzliche Regulierungsanforderungen verkraften muss.

Es besteht die Gefahr, dass beides zusammen zu einer neuerlichen Kreditklemme führt, da die Banken die erforderlichen Eigenkapitalpuffer nur durch eine kräftige Einschränkung ihrer Kreditvergabe erreichen können. Im schlimmsten Fall löst dies in der bevorstehenden Rezession Selbstverstärkungseffekte aus und führt so zu deutlich gravierenderen Wachstumsproblemen als es die bisherigen Prognosen anzeigen.

Bereits im laufenden Jahr hat sich eine merkbliche Verschiebung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte ergeben: War die kräftige Erholung in den Vorjahren insbesondere vom wieder stark anziehenden Export – vor

allem in die Boom-Regionen Asiens und anderen Schwellenländern – getragen, gewannen im Jahresverlauf 2011 die binnenwirtschaftlichen Faktoren, besonders der private Konsum, die Oberhand.

Vor dem Hintergrund der sich inzwischen weltweit kräftig abschwächenden Konjunktur sowie der sich immer weiter verschärfenden Krise im Euroraum werden die Binnenimpulse zum Jahresanfang 2012 nicht mehr ausreichen, um noch ein Wachstum im bisherigen Ausmaß zu erreichen. Dies wird sich den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung zufolge auch auf die Steigerung der Steuereinnahmen auswirken: Sie soll mit +3,6% nur noch halb so hoch ausfallen wie im laufenden Jahr (+7,7%). Besonders stark wird sich das auf den Bundeshaushalt auswirken, bei dem das Plus von 9,2% in 2011 auf nur noch 1,3% in 2012 zurückfällt. Nach 246,7 Mrd. € Steuereinnahmen in 2011 würde der Bund demnach im kommenden Jahr 249,9 Mrd. € einnehmen.



### Die haushaltspolitische Aufgabe: Vorsorge treffen!

In diesem unsicheren Umfeld kann es für eine verantwortliche Haushaltspolitik nur eine Devise geben: Die gerade noch kräftig sprudelnden Einnahmen müssen konsequent zur Vorsorge für den absehbaren Abschwung genutzt werden. Zwei Ziele sollten dabei mit besonderem Nachdruck angesteuert werden: Einerseits sollten die konjunkturbedingten Mehreinnahmen soweit wie möglich zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Dies verlangen die

Regeln zur Schuldenbremse ohnehin. Und es wäre vor dem Hintergrund der eskalierenden Krise im Euroraum ein wichtiges Vertrauenssignal. Gleichzeitig sollten die Ausgaben des Staates konsequent auf die Förderung und Stärkung von Investitionen sowie von Bildung und Forschung ausgerichtet werden, um so die Wachstumskräfte für die Zukunft zu stärken, mit denen ein möglicher Abschwung dann schneller wieder überwunden werden kann.

### Die Kontinuität des Versagens von CDU/CSU und FDP

Mit dem am 25. November 2011 verabschiedeten Bundeshaushalt 2012 zeigt sich jedoch das erneute Scheitern von Schwarz-Gelb bei der Zukunftsgestaltung Deutschlands. Von Konsolidierung und gezielter Vorsorge keine Spur – stattdessen Mehrausgaben in vielen Etats ohne eine erkennbare Schwerpunktsetzung sowie eine drastische Ausweitung des Stellenbestands des Bundes, die das Etikett „Selbstbedienung“ verdient.

Das im letzten Jahr verabschiedete „Sparprogramm“ der Koalition hat sich wie von der SPD-Bundestagsfraktion erwartet als gigantische Luftbuchung und abenteuerliches Täuschungsmanöver herausgestellt. Der Sparbeitrag der Bundeswehr hat sich in erhebliche Mehrausgaben verwandelt. Die Finanztransaktionssteuer konnte nicht durchgesetzt werden, Einnahmen von 2 Mrd. € fehlen. Und auch die Einnahmen aus der Brennelementesteuer stehen nach politischen Fehlern beim Atomausstieg unter dem Vorbehalt gerichtlicher Anfechtung. Im Etat 2012 ist also nichts anderes übrig geblieben als die Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Bezieher und die Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Schwarz-Gelb schont die Starken und nimmt das Geld von den Schwachen. Letzteres bedeutet nichts anderes, als die Spaltung des Arbeitsmarktes zu zementieren und den Kampf gegen die nach wie vor viel zu hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland aufzugeben.

Den fehlenden Konsolidierungswillen attestierte zuletzt auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung, als er in seinem aktuellen Jahresgutachten im Kapitel zu den öffentlichen Finanzen feststellte: „Der Entwurf des Haushaltsgesetzes für den Bund sieht wenig ambitionierte Einsparungen vor. Angesichts schwächerer Einnahmesteigerungen sind allenfalls kleine Konsolidierungserfolge zu erwarten.“

Darüber hinaus weisen die jüngsten Koalitionsbeschlüsse zu den ab 2013 geplanten Steuersenkungen, von denen die Geringverdiener nichts haben und von denen am meisten die höheren Einkommen profitieren, sowie zum Betreuungsgeld in die falsche Richtung. 8 Mrd. € gehen dem Staat verloren. Sie fehlen, um öffentliche Haushalte zu gesunden und für die Zukunft vorzusorgen. Während Kita-Plätze fehlen, verschwendet Schwarz-Gelb Milliarden dafür, Kinder von einer frühen Sprachförderung fernzuhalten. Die Verschuldung wird nicht bekämpft, die Spaltung des Landes nimmt zu. Weitere Informationen hierzu im folgenden Artikel (Steuersenkungen auf Pump zugunsten höherer Einkommen).

Der Etat 2012 folgt der seit nun bereits zwei Jahre lang zu hörenden schwarz-gelben Leitmelodie: Alle Kraft in die Befriedung der internen Konflikte – keine Zeit für die Zukunft Deutschlands und Europas. Vor kurzem warnte Bundesfinanzminister Schäuble selbst eindringlich vor einem erneuten Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Der Bundeshaushalt enthält aber nichts, was dieser Gefahr auch nur annähernd Rechnung tragen, geschweige denn ihr entgegen wirken könnte. Ausdrücklich abgelehnt hat die Koalition einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, im Haushalt Vorsorge für die Risiken aus dem europäischen Rettungsschirm EFSF zu treffen, was auch der Bundesrechnungshof gefordert hatte.

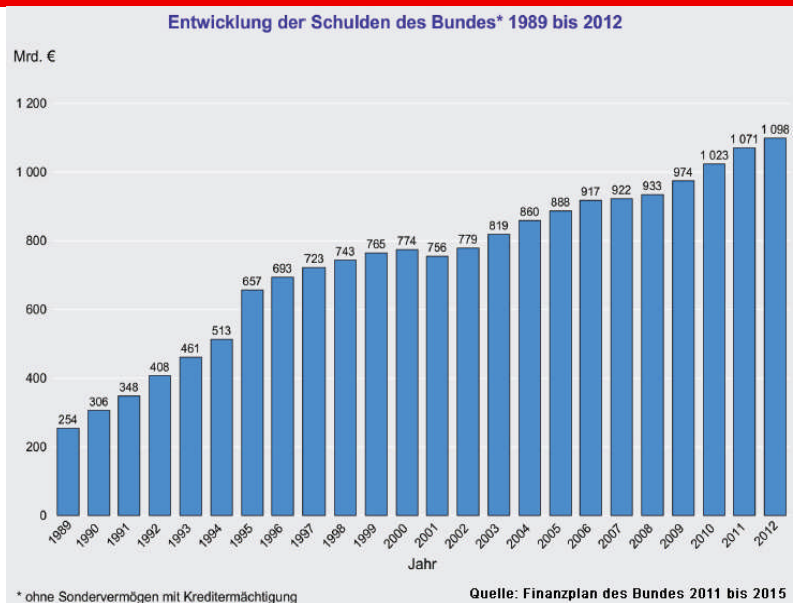
### Alternative der SPD

Mit dem im September vorgestellten Finanzkonzept der SPD, dem „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“ (Siehe TIB V/2011), hat die Sozialdemokratie eine klare und seriöse Alternative zur haushaltspolitischen Verantwortungslosigkeit der Regierung Merkel entwickelt.

## Steuersenkungen auf Pump zugunsten höherer Einkommen

Die Spitzen der Regierungsfractionen haben auf ihrem Koalitionsgipfel am 6. November 2011 beschlossen, die Einkommensteuer in zwei Schritten zu senken; in dieser Legislaturperiode zum 1. Januar 2013 um 2 Mrd. Euro. Für die Zeit nach den nächsten Bundestagswahlen sollen zum 1. Januar 2014 dann weitere 4 Mrd. Euro folgen.

Die bisherigen Informationen sind lückenhaft. Es wurde aber bekannt, dass die Einkommensteuersenkung durch Anhebungen des Grundfreibetrages und Tarifverschiebungen, bei denen die bisherigen Steuersätze erst für ein höheres Einkommen gelten, erfolgen soll. In 2013 soll der Grundfreibetrag um 110 Euro angehoben und eine Tarifverschiebung um 1,4 Prozent vorgenommen werden. In 2014 soll der Grundfreibetrag dann um weitere 240 Euro steigen und der Tarif um 3 Prozent verschoben werden. Außerdem sollen auch künftig bei verfassungsrechtlich gebotenen Anpassungen des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum Tarifverschiebungen vorgenommen werden. Um eine Ländermehrheit im Bundesrat für die Steuersenkungen zu gewinnen, soll der Bund zwei Drittel der Ausfälle finanzieren und damit im Vergleich zu der ansonsten geltenden Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden größere Mindereinnahmen tragen.



### **Täuschung und Verschleierung der eigentlichen Absichten**

Schwarz-Gelb will mit der verkürzten Begründung für die Steuersenkungen von der eigentlichen Absicht ablenken, die Koalition zu befrieden. Bei der Inflation handelt es sich um einen Kaufkraftverlust, der allein zu keiner höheren Besteuerung führt. Es ist erst das Zusammenspiel von Lohnerhöhungen, Inflation und progressivem Steuertarif, das zu einer höheren Belastung der Steuerpflichtigen führen kann. Wenn es Schwarz-Gelb ernst wäre mit der Entlastungsabsicht, dann müssten vor allem Bezieher geringer Einkommen begünstigt werden, die von Kaufkraftverlusten besonders hart betroffen sind. Von der schwarz-gelben Steuersenkung werden aber vor allem Bezieher hoher Einkommen profitieren.



*Bildquelle: Chris Beck / pixelio.de*

### **Falsche Erwartungen**

Mit der Ankündigung einer Einkommensteuersenkung von 2 Milliarden Euro in 2013 weckt die Merkel-Koalition bei den Bürgerinnen und Bürgern falsche Erwartungen. Erste Annahmen und Berechnungen des Bundes der Steuerzahler gehen davon aus, dass ein Geringverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 9.000 Euro im Jahr insgesamt 17 Euro, also 1,41 Euro monatlich spart. Bei einem Durchschnittseinkommen von 30.000 Euro sind es 4,40 Euro, bei einem Einkommen von 54.000 Euro sind es 9,66 Euro.

### **Begünstigung von Beziehern höherer Einkommen**

Auch im zweiten Schritt werden insbesondere die Bezieher höherer Einkommen begünstigt. Bei einem Alleinstehenden (Lohnsteuerklasse I) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 15.000 Euro beträgt die Entlastung ab 2014 101 Euro im Jahr. Demgegenüber erhält ein Steuerpflichtiger (ebenfalls Lohnsteuerklasse I) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 56.000 Euro eine mehr als dreimal so hohe Entlastung von 364 Euro jährlich. Die rot-grüne Steuerreform mit ihren mehrfachen und noch heute wirksamen Tarifsenkungen, hatte die Bezieher kleinerer Einkommen bereits erheblich entlastet. So zahlen unter Berücksichtigung

des Kindergeldes 40 Prozent aller Haushalte gar keine Steuern mehr. Bei Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen brächte eine Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge eine deutlich stärkere Entlastung.

### **Grundfreibetrag muss ohnehin angepasst werden**

Ein Teil der verkündeten „Entlastung“ ist verfassungsrechtlich geboten. Hier hat die Koalition eine Selbstverständlichkeit zum Erfolg aufgeblasen. Die Anpassung des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum wäre spätestens im Jahr 2014 ohnehin erforderlich.

### **Finanzierung auf Pump**

Die Steuermindereinnahmen werden die bereits vorgesehene Neuverschuldung weiter erhöhen und widersprechen damit den Bekenntnissen von Schwarz-Gelb zur Haushaltskonsolidierung. Auch die Steuerschätzung rechtfertigt keine Steuersenkungen. Die prognostizierten Steuerzuwächse sind größtenteils auf die bislang gute Konjunktur zurück zu führen. Gemäß den Vorgaben der Schuldenbremse müssen sie zur Reduzierung des konjunkturell bedingten Teils des Haushaltsdefizits verwandt werden und eröffnen deshalb keine Spielräume für dauerhafte Steuersenkungen. Der drohende Wachstumseinbruch birgt überdies erhebliche Ungewissheiten. Bei einer Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung kehrt sich die Steuerprognose schnell um und es muss mit geringeren Steuereinnahmen gerechnet werden. Die Steuersenkungen von Schwarz-Gelb sind deshalb ein echtes Risiko für die öffentlichen Haushalte.

### **Spielräume für Zukunftsinvestitionen schrumpfen**

Die Steuerausfälle mindern auch die Spielräume von Bund und Ländern, Zukunftsinvestitionen zu leisten. Damit wird die Basis für Wachstum und Wohlstand in den kommenden Jahren geschwächt.

## Flickschusterei der Regierung ersetzt keine verantwortungsvolle Minderheitenpolitik

Mittel für Dänischen Schulverein und Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) dank Druck der SPD für 2012 gesichert

Die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten setzt sich seit 2010 sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene dafür ein, dass die CDU/FDP-Landesregierung ihre unsinnigen Kürzungen bei der Minderheitenförderung zurücknimmt (Siehe auch TIB VI/2011 und III/2010), denn diese gefährden das gute Klima des Zusammenlebens im Norden Schleswig-Holsteins. Sönke Rix und Franz Thönnnes sind hier die entsprechenden Vertreter in den parlamentarischen Minderheitengremien.



*Bettina Hagedorn, Sönke Rix und Franz Thönnnes  
mit den Vertretern der deutschen und dänischen Minderheit*

Die deutsch-dänische Grenzregion und das Miteinander der jeweiligen Minderheiten haben einen Vorbildcharakter für viele internationale Konfliktregionen, den es unbedingt zu erhalten und weiter zu fördern gilt. Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass ausgerechnet eine christdemokratisch geführte Landesregierung so eklatant gegen den vom einstigen CDU-Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten Text in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen verstößt. Schließlich besteht für die dänische Minderheit nach Kapitel I das „Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.“ Und im Kapitel II heißt es „Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.“

Auf Druck der SPD werden die Kürzungen des nördlichsten Bundeslandes auch in 2012 durch Bundesmittel ausgeglichen. So erhält der Dänische Schulverein in einem eigenen Haushaltstitel 3,5 Mio. € als Ersatzfinanzierung. Die zusätzlichen Projektmittel aus dem Kulturbereich des Auswärtigen Amtes mit 400.000 € zur „Förderung der deutschen Sprache in Skandinavien“ können allerdings keine langfristige Lösung für die Deutsche Minderheit in Nordschleswig sein, da die Minderheitenförderung im Bereich des Innenministeriums angesiedelt ist und dort institutionell und strukturell verlässlich abgesichert werden muss.

Dieser jetzige Zustand bedeutet also weiterhin Planungsunsicherheit für die Zukunft, die für die erfolgreiche Arbeit aber unabdingbar ist, wie Vertreter des Minderheitensekretariats, des SSW, des BDN und des dänischen Schulvereins bei einem Gespräch mit den schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes, Sönke Rix und Bettina Hagedorn sowie Peter Dankert, Berichterstatter für den Haushalt des Bundesinnenministeriums, deutlich machten.

„Ab 2012 wird es Sache einer neuen Landesregierung in Kiel sein, eine zuverlässige, angemessene Finanzierung der dänischen Schulen im Lande sicherzustellen, während für die finanzielle Absicherung des BDN das Innenministerium in Berlin endlich beständig Verantwortung übernehmen muss. Die SPD erwartet, dass sich Bundes- und Landesregierung künftig an einen Tisch setzen und ein Gesamtkonzept zur langfristigen Sicherung der Minderheitenförderung in Nord- und Südschleswig im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen entwickeln und beschließen“, so Franz Thönnnes.

## Debatte zur Finanzmarktregulierung FDP hat Deregulierung zum Exzess gemacht

Am 11. November 2011 haben die Regierungsfraktion endlich einen Antrag zur Regulierung der Finanzmärkte in den Deutschen Bundestag eingebracht. Der Titel „Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise“ (Drs. 17/6313) machte durchaus Hoffnung, jedoch verbarg sich in dem Papier nichts außer wohlklingende Ankündigungen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion ebenfalls einen Antrag mit dem Titel „Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich“ (Drs. 17/7641) vorgelegt. Darin kritisiert die Fraktion vor allem, dass nach den Forderungen des G20-Gipfels im November 2008, wonach kein Produkt, kein Akteur und kein Markt unreguliert bleiben darf, kaum etwas geschehen ist. Steuerzahler haften auch weiterhin für die hochriskanten Geschäfte von Banken und Spekulanten. Vorschläge des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück wurden von der FDP stets abgelehnt und viele Forderungen waren in der damaligen Großen Koalition nicht durchzusetzen. In der Debatte konfrontierte Steinbrück die FDP mit seiner Kritik: „Alles, was ich an Maßnahmen getroffen habe, haben Sie abgelehnt. Sie haben die Monstranz der Deregulierung zum Exzess gemacht“.



Bildquelle: Joachim Reising / pixelio.de

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag formuliert, dass die wichtigste Aufgabe der Politik ist, die Gestaltungsmacht zurückzugewinnen. Es muss Schluss sein für die Banken mit dem Rohstoffhandel, Geschäfts- und Investmentbanken müssten getrennt werden, und der Handel mit Derivaten und Rohstoffen solle nur noch auf transparenten Handelsplattformen stattfinden. Darüber hinaus war neben anderen Maßnahmen vorgesehen, dass ein Ausschüttungsverbot von Dividenden auf zukünftige Gewinne zugunsten einer Verbesserung der Eigenkapitalbasis ausgesprochen und eine Finanzmarkttransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage eingeführt werden muss.

„Die Koalitionsmehrheit entschied sich jedoch gegen den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion und stimmte ihrer Vorlage zu. Das ist zwar nicht überraschend, bedeutet aber, dass wir auf diesem Feld keinen Schritt weitergekommen sind“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.

## Koalitionsausschuss beschließt Betreuungsgeld Fehlanreiz zur Befriedung des bayerischen Wählerklientels

Die Regierungsfractionen haben am 6. November 2011 im Koalitionsausschuss beschlossen, dass ab 2013 ein so genanntes „Betreuungsgeld“ in Höhe von 100 Euro, ab 2014 sogar 150 Euro gezahlt werden soll. Die Kosten dafür werden für den Bundeshaushalt 2 Mrd. Euro betragen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass diese Fernhalte-Prämie ein bildungspolitischer Rückschlag ist, weil es einen Anreiz für Eltern setzt, Kinder von früher Förderung in Kitas abzuhalten. Dies ist aus integrations- und gleichstellungspolitischer Sicht jedoch dringend geboten.

Diese Einschätzungen finden sich auch in der kritischen Diskussion im Norden Europas wieder. So berät man in Norwegen über die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Der Zuspruch ist deutlich zurückgegangen und die Nutzung erfolgt vielfach nur in den unteren sozialen Schichten und Einwandererhaushalten oder Familien in sehr ländlichen, konservativen Regionen. In Schweden erwies sich die Einführung als Flopp. Hier steht es den Kommunen offen, freiwillig derartige Leistungen zu gewähren. Jedoch nutzen nur 1,8 % das Angebot der „Herdprämie“, wobei das Geld zu über 90 % an Mütter bezahlt wird.

Für Deutschland bedeutet die Entscheidung, dass Milliarden von Steuergeldern verschwendet werden, die

dann nicht für den vor sich hin dümpelnden Kitausbau zur Verfügung stehen. Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem Jahr 2013 fehlen noch 233.000 Plätze. Mit den Mitteln, die für die „Herdprämie“ eingeplant sind, könnten jedoch mehr als 55.000 zusätzliche Kitaplätze gebaut werden.

## Pflegereform abgesagt - Finanzierung nicht tragfähig

Nach dem Beschluss ihres anspruchslosen Familienpflegezeitgesetzes (Siehe TIB VI/2011) hat die Regierungskoalition eine wirkliche Pflegereform ad acta gelegt. Schwarz-Gelb kapituliert vor den demographischen Herausforderungen und setzt die Klientelpolitik zu Gunsten der privaten Versicherungswirtschaft fort.

### Leistungen für Demenzerkrankte offen

Nach Beschluss der Koalition am 6. November 2011 steht bei den Leistungen für Demenzerkrankte nur der Finanzrahmen von 1,1 Milliarden Euro fest. Wie die Verbesserungen genau aussehen, ist noch nicht klar. Spekuliert wird, dass man die Mittel für niedrigschwellige Betreuungsangebote erhöht oder auch den jetzigen Leistungskatalog flexibler ausgestaltet.



Bildquelle: S. Hofschlaeger / pixelio.de

### Keine nachhaltige Finanzierung

Die geplante Beitragssatzsteigerung von 0,1 Beitragssatzpunkten zum 1. Januar 2013 dient ausschließlich der Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben. Nachhaltigkeit ist nicht erkennbar. Denn der bisherige Beitragssatz wird voraussichtlich nur bis zum Jahr 2014 ausreichen, um die Leistungen – auch die in der Großen Koalition beschlossene Dynamisierung – zu finanzieren. Eine weitere Beitragssatzanhebung ist also unausweichlich. Währenddessen hat sich die Koalition vom Ziel verabschiedet, einen Kapitalstock für die Pflege aufzubauen. Das ist zu begrüßen. Zur Gesichtswahrung der FDP ist aber eine staatliche Förderung für eine freiwillige, private Vorsorge ver-

einbart worden, deren Kosten nicht näher beziffert sind. Wahrscheinlich liegen sie im Milliardenbereich, ohne dass diejenigen, die auf zusätzliche Absicherung angewiesen sind, davon profitieren werden. Die einzigen Profiteure sind die privaten Versicherungsunternehmen.

### Kein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

In dieser Wahlperiode wird es voraussichtlich keine weitere Pflegereform geben. Die Koalition spielt zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen auf Zeit. Die Einführung eines neuen Pflegebegriffs ist mit der erneuten Beauftragung des Pflegebeirates vertagt und damit die politische Verantwortung für die Untätigkeit der Regierung auf ihn verschoben worden.

## Der Placebo-Mindestlohn der CDU

Auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig wurde über das Thema Mindestlohn debattiert und ein Antrag beschlossen.

Darin heißt es:

**Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.**

Mit diesem Beschluss hat sich die CDU - entgegen teilweise anderer Medienäußerungen - von der Idee eines allgemeinen Mindestlohns verabschiedet. Mit dem jetzt beschlossenen Kompromiss haben sich die Mindestlohngegner mit Angela Merkel an der Spitze durchgesetzt, während der parteinterne Arbeitnehmerflügel eine herbe Niederlage erlitten hat. Jetzt ist klar: Der CDU geht es um ein taktisches Manöver und nicht um einen Mindestlohn, der diesen Namen verdient.

Der Leipziger Beschluss ist ein Placebo, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich nicht hilft. Offensichtlich zielt er allein auf die öffentliche Wirkung und nicht darauf, dass Menschen vom Lohn ihrer Arbeit wirklich leben können. Auch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen ist ihrem Motto treu geblieben: Warme Worte und kalte Taten.



### Was bedeutet der CDU-Beschluss tatsächlich?

Die CDU hat beschlossen, dass sich nichts ändern soll. Sie verkauft als Fortschritt, was längst geltendes Recht ist. Denn die Möglichkeit, Mindestarbeitsentgelte für Branchen mit schwacher Tarifbindung einzuführen, existiert bereits heute durch das Mindestarbeitsbedingungsgesetz (MiA). Es erlaubt die Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten, in Bereichen, in denen die an Tarifverträge gebundenen Arbeitgeber weniger als 50 Prozent der unter den Geltungsbereich dieser Tarifverträge fallenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Ein siebenköpfiger Hauptausschuss entscheidet, ob in einem Wirtschaftszweig soziale Verwerfungen vorliegen und Mindestarbeitsentgelte festgesetzt werden sollen. Auch die Voraussetzungen für branchenspezifische Mindestlöhne sind mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz längst geschaffen. Aber die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass diese gesetzlichen Möglichkeiten nicht ausreichen und die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn überfällig sind.

Eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze muss in allen Branchen und für alle Arbeitgeber und Beschäftigten gelten, sonst ist sie nicht allgemein und nicht verbindlich. Gerade die von der CDU gewollte Ausnahme für tarifvertraglich festgelegte Löhne schafft ein Einfallstor für Dumpinglöhne. Das zeigen die Erfahrungen mit dem Tarifvorbehalt in der Zeit- und Leiharbeit, also der gesetzlichen Möglichkeit, vom Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durch Tarifvertrag abzuweichen. In Deutschland gibt es in vielen Branchen Tarifverträge, in denen die unterste Vergütungsgruppe so niedrig ist, dass man davon auch bei Vollzeit nicht leben kann, insbesondere im Dienstleistungsbereich.

### Keine taktischen Spielchen - Verbindliche Lohnuntergrenzen überfällig

Der Kampf gegen Lohndumping ist zu wichtig für taktische und parteipolitische Spielchen. Deutschland braucht einen echten Mindestlohn, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Auch wirtschaftspolitisch ist eine verbindliche Lohnuntergrenze für Deutschland überfällig, um für fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen zu sorgen und nicht zuletzt die Binnennachfrage zu stärken. Mit einem Mindestlohn, der diesen Namen verdient, ist bei dieser Koalition jedoch leider nicht zu rechnen. Dazu wird ein Regierungswechsel notwendig sein.

## Glück führte zum Besuch des Deutschen Bundestages Besucher aus Norderstedt und Ahrensburg treffen Franz Thönnnes in Berlin



*Dieter Meinz, Claudia Kunz und Franz Thönnnes  
auf der Besucherebene im Reichstagsgebäude*

Der Gewinn einer dreitägigen Reise zum Parlament nach Berlin vom 9. – 11. November war für Claudia Kunz aus Norderstedt und Dieter Meinz aus Ahrensburg der Lohn für die erfolgreiche Teilnahme an einem Preisausschreiben auf der Messe „DU und DEINE WELT“, die im September/Oktober in Hamburg stattfand. Dort war der Deutsche Bundestag mit einem Informationsstand vertreten, um seine Arbeit zu präsentieren und mit parlamentsbezogenen Fragen zu werben.

Zusammen mit anderen glücklichen Gewinnern besuchten die beiden Schleswig-Holsteiner in Berlin nun die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte – Wege, Irrwege, Umwege“ im

Deutschen Dom und konnten sich bei einer Stadtrundfahrt mit der spannenden Vergangenheit der Bundeshauptstadt vertraut machen. Bei dem Besuch im Deutschen Bundestag wurden sie mit Vorträgen über die Arbeitsweise des Parlaments informiert und nahmen auch an einer Plenarsitzung teil. Zusammen mit den anderen Teilnehmern kam es dann am 10. November zu einer Diskussionsrunde mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Hier trafen sie auch mit ihrem Wahlkreisabgeordneten Franz Thönnnes von der SPD zusammen.

„Es freut mich, dass mit Herrn Meinz und Frau Kunz zwei Gewinner aus meinem Wahlkreis kommen und so ein Einblick in die große Demokratie-Werkstatt möglich wurde“, so Thönnnes.

„Der Besuch in Berlin war sehr interessant und gut organisiert. Das Programm bestand aus einer tollen Mischung von Informationen und Sightseeing“, schildert Claudia Kunz ihre Eindrücke von der Reise. Und Dieter Meinz ergänzt: „Es ist auch einfach etwas anderes, Politiker live zu sehen und eine Bundestagsdebatte zu verfolgen, anstatt es sich in den Nachrichten anzugucken. Die Fahrt hat sich auf jeden Fall gelohnt und ich kann nur jedem raten, mal unser Parlament zu besuchen.“

## Norderstedter Schüler besuchten SPD-MdB Franz Thönnnes im Deutschen Bundestag

Einen Blick hinter die Kulissen der Politik bekamen 90 Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums Norderstedt bei ihrem Besuch in der Bundeshauptstadt am 23. November 2011. Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes verfolgten sie auf der Besuchertribüne des Parlaments die Debatte zum Etat des Bundeskanzleramtes. Traditionell wird bei diesem Tagesordnungspunkt auch über die grundsätzlichen Entscheidungen der Bundesregierung diskutiert, und so konnten die Jugendlichen einige Spitzenpolitiker live erleben.

Anschließend trafen sie Thönnnes zu einem einstündigen Gespräch. Von der Gelegenheit, einen Parlamentarier mal direkt befragen zu können, machten die Schülerinnen und Schüler regen Gebrauch. Besonders interessierte sie die Arbeitsweise als Abgeordneter, der Umgang miteinander im Berliner Alltag über Parteigrenzen

zen hinweg sowie die innerparteiliche Demokratie. Auch die Transparenz der politischen Entscheidungsabläufe und die Einbeziehung von Nichtmitgliedern in den Meinungsbildungsprozess der Parteien wurden angesprochen.

Auf die Frage, was er ändern würde, wenn er auf den „berühmten Knopf“ drücken könnte, antwortete Thönnnes: „Dafür sorgen, dass kein Jugendlicher aus der Schule in die Arbeitslosigkeit geht, sondern einen Ausbildungsplatz oder weitere Bildungsmöglichkeiten erhält“. Und schließlich gab er den Schülern den Rat mit auf den Weg: „Legen Sie einen guten Abschluss in der Schule hin und überlegen Sie mal bei einer der Jugendorganisationen der demokratischen Parteien vorbeizuschauen. Wir alle brauchen jungen politischen Nachwuchs, der sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligt.“



*Franz Thönnnes im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums Norderstedt*

Abgeschlossen wurde der Aufenthalt der Gruppe im Parlament dann mit einem Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes.

## Nykøbing - Kiel - Norderstedt - Bad Oldesloe - Bad Segeberg - Boostedt - Hamburg - Reinbek - Mözen - Hamburg - Bad Oldesloe - Bad Segeberg

Am 1. November 2011 traf SPD-MdB Franz Thönnnes im dänischen Nykøbing Vertreter von CELF (Center for Erhverv og Uddannelse – Center für berufsorientierte Ausbildungen Lolland Falster mit über 3000 Schülern), um sich über weitere Schritte seines 2009 vorgeschlagenen Projekts „FBQ - Fördern - Bilden - Qualifizieren“ beim Bau der festen Fehmarnbeltquerung auszutauschen. Mit diesem soll die gemeinsame Berufsausbildung nach dänischem und deutschem Ausbildungs- und Prüfrecht sowie den Lehrinhalten der jeweiligen Berufe beider Länder erfolgen und zu beidseitig der Grenze anerkannten Lehrzertifikaten beitragen. Beim Einsatz von ca. 7.000 Beschäftigten während der Bauphase, könnten insgesamt ca. 700 junge Menschen, organisiert durch eine Ausbildungsgesellschaft, dual in den beteiligten Betrieben und Berufsschulen ausgebildet werden. Weitere Information hierzu sind auf der Homepage von Thönnnes unter [www.thoennes.de](http://www.thoennes.de) zu finden.



*Franz Thönnnes, Klaus Plüger, Susanne Danhier, Joachim Poß und Dr. Martin Lüdiger*

Von Dänemark führte am Nachmittag der Weg direkt nach Kiel, wo der SPD-Politiker an der Sitzung des SPD-Landesparteiirates zum Landtagswahlprogramm teilnahm.

Der 2. November stand ganz im Zeichen vom Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß. Bevor beide Parlamentarier in einer Abendveranstaltung mit Interessierten zum Thema „Sozialdemokratische Finanzpolitik in Zeiten der Krise“ diskutierten (Siehe Seite 15), besuchten sie die Redaktion der Norderstedter Zeitung und nachmittags gemeinsam mit der Landtagskandidatin der SPD Susanne Danhier die Sparkasse Holstein in

Bad Oldesloe. In ihrem Fachgespräch mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden und Landrat des Kreises Stormarn Klaus Plöger und dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Martin Lüdiger informierten sie sich über die Auswirkungen der Finanzkrise, veränderte Regulierungen auf regionale Sparkassen und deren Kreditgeschäft sowie weitere aktuelle Themen.

In der Diskussion über die wirtschaftliche Lage zeigte Dr. Lüdiger auf, dass die Kredite der Sparkasse Holstein an Unternehmen seit 2007 um 428 Millionen Euro gestiegen sind. So habe die Sparkasse mit jährlich fünf Prozent Wachstum die Lücke geschlossen, die andere Wettbewerber in der Region hinterlassen haben. Franz Thönnnes: „Hier zeigt sich, wie gut es ist, ein weitgehend öffentlich-rechtliches Sparkassenwesen mit regionaler Verantwortung zu haben und dass so im Süden Schleswig-Holsteins eine Kreditklemme verhindert werden konnte.“ Dr. Lüdiger freute sich über Lob und Anerkennung: „Wir sehen es als unsere Verpflichtung, als starker Partner an der Seite unserer mittelständischen Unternehmen zu stehen und für die Spargroschen der breiten Bevölkerung ein sicherer Hafen zu sein.“



*v.l.n.r.: Rasmus Prehn, Franz Thönnnes, Henrik Dam Kristensen und Benny Engelbrecht*

Der nächste Tag begann für Franz Thönnnes mit Hintergrundgesprächen zur angekündigten Dienstpostenreduzierung am Bundeswehrstandort in Boostedt (Siehe Seite 17). Von Neumünster ging es dann weiter nach Kiel, um am Gewerkschaftsrat des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein teilzunehmen und die Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu festigen. Den Ausklang des Tages verbrachte Thönnnes in Hamburg. Auf Einladung des Peer Gynt Clubs nahm er an einer Vortragsveranstaltung zum

Thema „Norwegen, Deutschland, Russland und die gegenwärtige europäische Sicherheitsarchitektur“ teil.

Thema „Norwegen, Deutschland, Russland und die gegenwärtige europäische Sicherheitsarchitektur“ teil.

### **Zu Gast beim Parteitag der dänischen Sozialdemokraten**

Am Samstag, dem 5. November 2011, war er dann als Vertreter der Bundes-SPD zu Gast beim Parteitag der dänischen Sozialdemokraten in Århus. Hier wurde ausgiebig der erfolgreiche Regierungswechsel mit Helle Thorning-Schmidt gefeiert. Mit ihr ist erstmals eine Frau als Ministerpräsidentin in Dänemark an der Spitze der Regierung. Thönnnes führte Gespräche mit dem neuen Verkehrsminister, Henrik Dam Kristensen, dem neuen Europaminister Nicolai Wammen sowie mit dem verkehrspolitischen Sprecher Rasmus Prehn und dem wirtschaftspolitischen Sprecher Benny Engelbrecht der sozialdemokratischen Fraktion im Folketing. Hierbei ging es auch um das bereits erwähnte Projekt Ausbildungsprojekt im „FBQ“ im Zusammenhang mit der Fehmarnbeltquerung.

Den Abend verbrachte Thönnnes schon wieder im Wahlkreis beim gemütlichen Weinfest des SPD-Ortsvereins Sievershütten.

### **Baltic Sea Labour Forum**

Die folgende Sitzungswoche startete der SPD-Bundestagsabgeordnete nicht in Berlin, sondern in Hamburg beim Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz. Hier ging es um die Jahresplanung 2012, den Ausbau der Windenergie im Ostseeraum und die Umsetzung der diesjährigen



*Franz Thönnnes auf dem Podium bei der BSLN*

Konferenz-Resolution. Danach standen die Berliner Termine auf dem Programm. Von Montag, den 14.11., bis Mittwoch, den 16.11., war er erneut in der Hansestadt im Rahmen einer Internationalen Konferenz mit 240 Teilnehmern von Arbeitgebern, Gewerkschaftern und Politik aus der Ostseeregion. Hier wurde das „Baltic Sea Labour Forum“ gebildet. Mit der Gründung dieses permanenten Gremiums für den tripartistischen sozialen Dialog wurde das bisherige Flaggschiff-Projekt der EU-Ostseestrategie, das „Baltic Sea Labour Network“ erfolgreich abgeschlossen. Dieses wurde im Wesentlichen vom DGB Nord, Nordmetall und weiteren 22 Organisationen von Gewerkschaften und Arbeitgebern rund um die Ostsee sowie dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz getragen. Ziel war es im sozialen Dialog für nachhaltige Arbeitsmärkte, faire Arbeitsbedingungen, starke Sozialpartner und sozial abgesicherte Bedingungen für Grenzpendler zu sorgen. SPD-MdB Franz Thönnnes, Mitglied im Steuerungsausschuss des Projektes: „Ein toller Erfolg. Mit dem neuen Forum soll Einfluss auf die Politik und die Entscheidungsprozesse in Arbeitsmarktfragen genommen werden, z.B. durch die Abgabe gemeinsamer Stellungnahmen und Empfehlungen zu Themen wie zukunftsfähige Arbeitsmärkte, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, hohe Beschäftigungsquoten und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt sowie Herausforderungen des Dienstleistungssektors im Ostseeraum.“ Dazu gehören ein jährlicher „Runder Tisch“ und die Bildung themenbezogener Arbeitsgruppen mit der Unterstützung des Sekretariat des Ostseerates.



*v.l.n.r.: Volker Müller, Martin Habersaat, Franz Thönnnes, Journalistin Elke Güldenstein, Probst Martin Bohl und Benedikt Kleinhempel*

Am Mittwochabend diskutierte der Bundestagsabgeordnete im Rahmen des politischen Bußtagsgesprächs dann in der St. Ansgar Kirche in Reinbek-Schönningstedt zum Thema „Die Kirche fragt nach... Wo bleiben Werte, Grundsätze, Visionen in der Politik?“. Nachdem Pastor Benedikt Kleinhempel im letzten Jahr drei CDU-Politiker zum Nachdenken über Grundsätzliches eingeladen hatte, waren in diesem Jahr drei Sozialdemokraten dran: Und so nahmen neben Thönnnes auch noch Volker Müller, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Reinbeker Stadtvertretung und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat teil. Die drei Politiker berichteten, wie sie überhaupt zur Politik gekommen sind, warum sie sich für die SPD entschieden haben und wie der Wert Gerechtigkeit für alle zur Triebfeder ihres Engagements geworden ist. Abschließend diskutierten sie mit dem Publikum in der gut besuchten Kirche.

### **Diskussion mit der AG 60plus in Mözen**

Am 17. November hatte die AG 60plus des Kreisverbandes Segeberg Thönnnes zum Thema „Arbeit im Alter – Altersarmut“ nach Mözen geladen. Zusammen mit 20 Genossinnen und Genossen debattierte der Parlamentarische Staatssekretär a.D. über die aktuelle demographische Situation und die Herausforderungen für die zukünftigen Generationen.

Einen deutlichen Generationswechsel erfuhr der SPD-Politiker am nächsten Tag, als er im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages im Kindergarten Ehmkenberg in Bad Oldesloe und der Theodor-Storm-Schule in Bad Segeberg zu Gast war (mehr dazu auf Seite 16). Ab dem späten Nachmittag nahm Thönnnes dann noch an der Mitgliederversammlung des Baltic Sea Forums in Hamburg im Internationalen Seegerichtshof und dem dazugehörigen Abendforum zum Thema „Meeresschutz: eine Vision für Meere und Küsten“ teil.

Zurück in Berlin lagen die abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 an, bevor dieser am Freitag, dem 25. November 2011, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedet wurde.



## Bundesweiter Vorlesetag Thönnnes liest vor Kindern in Bad Oldesloe und Bad Segeberg

Am Freitag, den 18. November 2011, fand der 8. bundesweite Vorlesetag der Stiftung Lesen statt. Zum wiederholten Male beteiligte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes daran und las morgens im Ev.-Luth. Kindergarten Ehmkenberg in Bad Oldesloe das Kinderbuch „Der Grüffelo“ vor. Das hervorragend bebilderte Kinderbuch über ein zunächst beängstigendes und später recht sympathisches Untier fesselte die Kinder ohne Ausnahme. Dabei nahm sich Thönnnes auch Zeit, um auf die vielen Fragen und Anmerkungen der kleinen Zuhörer einzugehen und jedes der fünfzehn Kinder konnte sich in der gemütlichen Leserunde vorstellen und seine Gedanken zum Buch äußern.



*Thönnnes zusammen mit den kleinen Zuhörern im Kindergarten Ehmkenberg*

Ab 11.30 Uhr besuchte der SPD-Politiker dann eine Integrationsklasse der Bad Segeberger Theodor-Sturm-Schule und las aus „Wir Kinder von früher – Bilder und Geschichten aus einer anderen Zeit“. Zwischen den Geschichten gab es auch hier Zeit und Raum, um sich mit den Schülerinnen und Schülern über ihre Erlebnisse auszutauschen.

Thönnnes, selbst Vater zweier Söhne, bekräftigte abschließend noch einmal die Wichtigkeit des Vorlesens: „An dem jährlich stattfindenden Vorlesetag nehme ich seit langem gerne teil. Lesen wird in Zeiten von Fernsehen und Internet immer mehr zurückgedrängt. Doch bietet es schon im Kindesalter einen wichtigen Zugang zu Sprache und Literatur. Daher ist das Vorlesen von Geschichten sehr wichtig für die Entwicklung. Und Kindern vorzulesen, macht mir zudem eine große Freude.“

## SPD-MdB Thönnnes gratuliert Mehrgenerationenhäusern Drei Standorte in den Kreisen Segeberg und Stormarn im Aktionsprogramm II

„Die exzellenten Konzepte und die guten Bewerbungen haben in Berlin überzeugt. Das freut mich sehr“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes zur Aufnahme der beiden im Kreis Segeberg existierenden Mehrgenerationenhäuser „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und „Familienzentrum“ in Henstedt-Ulzburg und der OASE aus Bad Oldesloe in das Aktionsprogramm II des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Da Ende 2011 das jetzige Aktionsprogramm I ausläuft, hatte die SPD-Bundestagsfraktion mit Anfragen und Anträgen darauf gedrängt, hier zügig für eine Anschlussfinanzierung zu sorgen.

SPD-MdB Franz Thönnnes: „Dieser Druck hat sich gelohnt und heute besteht endlich Klarheit, welche Häuser im Anschlussprogramm gefördert werden“. Dabei sei besonders erfreulich, dass erstmals das „Familienzentrum“ in Henstedt-Ulzburg mit dabei ist und die bereits erfolgreich arbeitenden „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und OASE aus Bad Oldesloe weitergefördert werden. Damit sind aus dem Kreis Segeberg sogar zwei Standorte dabei, obwohl eigentlich vorgesehen war, je Kreis nur ein Haus zu fördern. Hinzu kommt, dass die Auswahl aus 600 Interessensbekundungen und bei 50 Erstbewerbungen erfolgte.

„Dies unterstreicht die Qualität der Arbeit der Aktiven vor Ort, denen großer Dank zu zollen ist. Sie haben in

den letzten Jahren und bei der Ausarbeitung der Bewerbung außergewöhnliches geleistet“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete und ergänzt: „Da hat sich meine Empfehlung an das „Familienzentrum“ Henstedt-Ulzburg, sich trotz des bestehenden Angebotes in Kaltenkirchen zu bewerben, als richtig erwiesen, denn die Konzeption hatte auch mich überzeugt.“

Nach Bekanntgabe der Standorte müssen die ausgewählten Häuser jetzt einen Zuwendungsantrag stellen und können dann ihre passgenauen Angebote wie Familienbildung, Kinderbetreuung oder Seniorenarbeit weiter generationenübergreifend anbieten. „Wir wollen, dass alle Altersgruppen füreinander eintreten und Orte des Zusammenhalts entstehen. So schade es ist, dass die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auch hier gekürzt hat und 40 Häuser weniger gefördert werden, überwiegt heute doch die Freude über den Erfolg für unsere Region“, so Thönnnes.

## Standort Boostedt wird faktisch durch Verteidigungsministerium geschlossen: SPD-MdB Franz Thönnnes fordert: Bund darf Kommune nicht alleine lassen

„Die Entscheidung von CDU-Bundesverteidigungsminister de Maizière, den Bundeswehrstandort Boostedt von 1980 auf 40 zu verringern, kommt faktisch der Auflösung gleich“, so SPD-MdB Franz Thönnnes. Das ist ein schwerer Schlag für die Region und wird starke Auswirkungen haben. So wird mit dem Verlust der Arbeitsplätze die Kaufkraft vor Ort abnehmen, was insbesondere der Einzelhandel zu spüren bekommen wird. „Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die von der Bundeswehrreform betroffenen Gemeinden nicht alleine gelassen werden. Hier muss der Bund helfen die kommenden Strukturveränderungen zu gestalten“, erläutert der SPD-Politiker. Nun gehe es darum, wie der genaue zeitliche Rahmen der Umsetzung aussieht und dabei dann eine sozialverträgliche Ausgestaltung für die Menschen und die Kommunen zu fordern.



*Franz Thönnnes traf sich mit Rüdiger Steffensen (rechts).  
Mit dabei waren Manfred Stankat (2.v.l.) und Hans-Jürgen Damm (links)*

**Bildquelle: Benjamin Steinhausen**

Um sich ein Bild vor Ort zu machen hat sich der SPD-Politiker am 3. November 2011 mit Standortkommandant Oberstleutnant Ullrich Kraus und anschließend mit dem Boostedter Bürgermeister Rüdiger Steffensen (CDU), dem stellvertretenden Bürgermeister Manfred Stankat (SPD) und dem stellv. Fraktionschef der SPD, Hans-Jürgen Damm, getroffen. Dabei wurde deutlich, dass die Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums für die Betroffenen nicht nachvollziehbar ist. Thönnnes sagte zu, sich in Berlin über die genauen Kriterien, die für und gegen den Standort sprachen, zu informieren. Eine Antwort des Verteidigungsministeriums steht noch aus.

Jedoch hatte der Bundesverteidigungsminister früh angekündigt, seine Entscheidung nach den Kriterien Funktionalität, Attraktivität, Kosten und Flächenpräsenz zu treffen. Seine Aussage, besonders darauf zu achten, in welchem Verhältnis die Truppenstärke zur Bevölkerung steht, löste große Besorgnis im Norden aus, da Schleswig-Holstein mit 9,1 Militärbeschäftigten je 1.000 Einwohnern an der Spitze einer solchen Tabelle stand. „Jetzt steht fest, dass es unser Bundesland mit fast 11000 wegfallenden Dienstposten am härtesten trifft. Am Ende der Reform wird die Zahl der Militärbeschäftigten bei 5,4 Dienstposten/1.000 Einwohner liegen. Damit wird auch deutlich, dass ein stärkeres Engagement der schleswig-holsteinischen CDU/FDP-Landesregierung in Berlin wohl angebracht gewesen wäre um zu verhindern, dass Schleswig-Holstein der große Verlierer der Bundeswehrreform wird. Wahrscheinlich nimmt aber auch der Einfluss der Landesregierung auf den Bund zunehmend ab“, so Thönnnes.

## Lösungen für das Verkehrschaos an der Heinrich-Rantzau-Grundschule gefunden

Im TIB V/2011 berichtete der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes über die Ortsbesichtigung bei der Heinrich-Rantzau-Grundschule in Bad Segeberg, die er gemeinsam mit Kirsten Tödt, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament und dem SPD-Stadtvertreter Walter Hyka, am 17. August 2011 durchführte. Grund hierfür war die, durch ein unübersichtliche Verkehrssituation hervorgerufene, potentielle Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer, vor allem der Schülerinnen und Schüler. Thönnnes formulierte damals das Ziel, dass alle Beteiligten noch mal an einen Tisch kommen müssten, um das Machbare und das Notwendige zur Verbesserung der Situation zu besprechen und zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Dieses Treffen hat jetzt mit Kirsten Tödt und Walter Hyka, der Schulleiterin Frau Look sowie der Schulleiternsprecherin plus Vertretung, der Polizei Bad Segeberg sowie Herrn Gieske vom Ordnungsamt stattgefunden und man hat sich auf drei Maßnahmen verständigt.

1. Der an die Bundesstraße angrenzende Parkplatz vor der Schule wird vom Ordnungsamt bis spätestens zu den Weihnachtsferien teilweise als Kurzzeitparkplatz (30 Minuten) deklariert.
2. Die Polizei wird zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Höhe der Ampeln Geschwindigkeitsmessungen vornehmen.
3. Die Schule wird ein Schild aufstellen, um auf den Schulbetrieb hinzuweisen.

Thönnnes: „Dieses Ergebnis wird sich hoffentlich beruhigend auf die Situation auswirken. Es ist erfreulich zu sehen, wie schnell kostengünstig Lösungen gefunden werden können, wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen.“



Kirsten Tödt - neu im Bürgerbüro

### Personelle Veränderung im Wahlkreisbüro

Seit September 2011 komplettiert Kirsten Tödt das Team des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes im Bürgerbüro und organisiert mit Alexander Wagner und Frederik Digulla seine Wahlkreisaktivitäten.

Die Bad Segebergerin arbeitete bis zur Landtagswahl 2009 für die ehemalige Abgeordnete Astrid Höfs, wo sie bereits viele Erfahrungen für ihre jetzigen Tätigkeiten sammeln konnte. Sie ist zudem als Stadtvertreterin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie stellvertretende Bürgervorsteherin in ihrer Heimatstadt kommunalpolitisch für die SPD aktiv.

„Mit dieser Veränderung und der bewährten Besetzung in meinem Berliner Büro sind wir weiterhin ein schlagkräftiges, kompetentes Team und können gut gerüstet in die zweite Hälfte der Legislaturperiode gehen“, so Thönnnes.

#### Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20  
23795 Bad Segeberg  
Tel.: 04551-968383  
Fax.: 04551-967338  
E-Mail: buergerbuero@thoennes.de

#### Berliner Büro

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-71128  
Fax.: 030-227-76828  
E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de

#### Impressum

Herausgeber: Franz Thönnnes  
Redaktion: Franz Thönnnes,  
Flemming Krause  
Redaktionsadresse: Berliner Büro,  
Platz der Republik 1,  
11011 Berlin

Mehr Informationen unter: [www.thoennes.de](http://www.thoennes.de)